

**PPP-Hochbauprojekt „Planung und Errichtung
eines Busbetriebshofes einschließlich
anschließender Bewirtschaftung im Gewerbe- und
Industriegebiet „Eiserne Hand“ in Bad Orb“**

Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach § 119
Abs. 5 GWB, §§ 3 EU Nr. 3, 3b EU Abs. 3 VOB/A

der

Regionalverkehr Main-Kinzig GmbH („RVMK“)

Barbarossastr. 26

63571 Gelnhausen

**– Erster Verfahrensbrief /
Anschreiben zum Teilnahmewettbewerb –**

Juli 2026

Via elektronischer Vergabepattform DTVP

An alle interessierten Unternehmen

Frankfurt am Main, den 29. Juli 2026

Anschreiben zum Teilnamewettbewerb

Regionalverkehr Main-Kinzig GmbH („RVMK“) – PPP-Hochbauprojekt „Planung und Errichtung eines Busbetriebshofes einschließlich anschließender Bewirtschaftung“ im Gewerbe- und Industriegebiet „Eiserne Hand“ in Bad Orb

Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnamewettbewerb nach § 119 Abs. 5 GWB, §§ 3 EU Nr. 3, 3b EU Abs. 3 VOB/A

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Regionalverkehr Main-Kinzig GmbH (nachfolgend „RVMK“ oder „Auftraggeberin“ genannt) beabsichtigt, nach Maßgabe der anliegenden Vergabeunterlagen das PPP-Hochbauprojekt „Planung und Errichtung eines Busbetriebshofes einschließlich anschließender Bewirtschaftung“ im Gewerbe- und Industriegebiet „Eiserne Hand“ in Bad Orb im Wege eines Verhandlungsverfahrens an einen privaten Partner zu vergeben. Das Projekt soll auf Basis eines Inhabermodells auf Grundstücken im Eigentum der Auftraggeberin realisiert werden.

Das Vorhaben dient der langfristigen Sicherstellung eines leistungsfähigen, wirtschaftlichen und zukunftsfähigen Betriebsstandortes für den öffentlichen Personennahverkehr im Main-Kinzig-Kreis. Vorgesehen ist die Zusammenführung der für den Betrieb erforderlichen Funktionen der Fahrzeugabstellung, Wartung, Instandhaltung, Verwaltung sowie der hierzu notwendigen Technik-, Verkehrs- und Freianlagen an einem Standort. Als wesentliche Bestandteile des Vorhabens sind insbesondere eine Unterstellhalle, ein Werkstatt- und

Verwaltungsgebäude, technische Nebenanlagen, Lagerbereiche sowie die zugehörigen Erschließungs- und Außenanlagen zu errichten. Hierzu gehört auch die Errichtung einer Stützmauer zur Absicherung des Baugrundstücks gegenüber der angrenzenden Erschließungsstraße als Ingenieurbauwerk. Zum Leistungsumfang gehört insbesondere die schlüsselfertige Errichtung einschließlich der Erbringung aller etwa erforderlichen Entwurfs- und Planungsleistungen gemäß einer Funktionalen Leistungsbeschreibung. Ebenso ist die Erbringung von Finanzierungsleistungen Teil der Ausschreibung. Der Auftragnehmer wird darüber hinaus nach der Fertigstellung des Bauvorhabens Bewirtschaftungsleistungen im nach Maßgabe dieser Leistungsbeschreibung für die errichteten Bauwerke für die Dauer von 30 Jahren erbringen. Die Bewirtschaftung umfasst die Gebäudeinstandhaltung/-unterhaltung sowie die Ingenieurleistungen. Es liegt eine Referenzplanung vor, die den Bewerbern / Bietern zur Verfügung gestellt wird. Es steht den Bietern / Bewerbern frei, diese Referenzplanung im Rahmen ihres Angebotes ganz oder teilweise als eigene Planung zu übernehmen.

Ihr Unternehmen erhält hiermit Gelegenheit, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

1. Informationen

1.1 Kontaktstelle und Kommunikation

Die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Ulmenstraße 30, 60325 Frankfurt am Main, ist mit der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt worden, fungiert also als Vergabestelle.

Die Kommunikation zwischen der Auftraggeberin und den Bewerbern / Bietern, etwa bei Bewerber-/Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren ausschließlich über die von der Auftraggeberin eingesetzte elektronische Vergabeplattform DTVP geführt.

Damit die Auftraggeberin mit den Bewerbern / Bietern reibungslos kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabeplattform www.dtv.de freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann die Auftraggeberin die nicht registrierten Wettbewerbsteilnehmer über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über

etwaige Änderungen zu informieren.

1.2 Fragen zum Teilnahmewettbewerb

Fragen der Bewerber zum Teilnahmewettbewerb (ausschließlich 1. Verfahrensschritt) sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und Gliederungsnummer des jeweiligen Dokuments über den von der elektronischen Vergabepattform DTVP vorgesehenen Kommunikationsbereich möglichst bis zum

18.08.2026, 24:00 Uhr (MESZ),

einzureichen.

Auch nach diesem Termin rechtzeitig eingehende Fragen werden selbstverständlich beantwortet. Antworten der Vergabestelle auf Fragen von interessierten Unternehmen werden im Vergabeportal veröffentlicht und die registrierten Interessenten erhalten hierüber eine elektronische Information. Die nicht registrierten Unternehmen haben sich auf dem Vergabeportal selbständig darüber zu informieren, ob die Auftraggeberin Fragen zum Teilnahmewettbewerb beantwortet hat. Die entsprechenden Bewerberfragen-/Antwortenkataloge werden zu diesem Zwecke den elektronisch abrufbaren Vergabeunterlagen beigelegt. Die Antworten der Auftraggeberin auf Fragen der Interessenten sind bei der Erarbeitung der Teilnahmeanträge zu beachten.

1.3 Enthalten die im 1. Verfahrensschritt mit der Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen (vorliegender erster Verfahrensbrief nebst Anlagen, insbesondere funktionale Leistungsbeschreibung ohne Anlagen) nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat der Bewerber die Auftraggeberin unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Abgabe des Teilnahmeantrages in Textform nach § 126b BGB darauf hinzuweisen.

1.4 Weitergehende Informationen zur Angebotsphase (2. Verfahrensschritt) werden im Teilnahmewettbewerb nicht übermittelt; dies betrifft insbesondere die in der funktionalen Leistungsbeschreibung in Bezug genommenen Anlagen, die den Bietern in der Angebotsphase nach vorheriger Abgabe einer Vertraulichkeitsverpflichtungserklärung zur Verfügung gestellt werden. Die im Teilnahmewettbewerb erfolgreichen Bewerber werden in der Angebotsphase ausreichend Gelegenheit erhalten, Bieterfragen zu den Vergabeunterlagen an die

Auftraggeberin zu richten und bei Bedarf eine Ortsbesichtigung durchzuführen. Es wird daher gebeten, von solchen Fragen im jetzigen Verfahrensstadium Abstand zu nehmen.

2. Teilnahmeanträge

2.1 Allgemeines

Falls Ihr Unternehmen einen Teilnahmeantrag abzugeben beabsichtigt, wird darum gebeten, den Teilnahmeantrag mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache in elektronischer Form (in Textform nach § 126b BGB) bis spätestens

**02.09.2026, 12:00 Uhr (MESZ),
(Teilnahmefrist)**

über das Vergabeportal einzureichen. Eine postalische, telefonische oder eine Abgabe des Teilnahmeantrages per Telefax oder E-Mail oder über die Kommunikationsschnittstelle der elektronischen Vergabeplattform ist nicht zulässig.

Hinweise der Auftraggeberin:

- *Die Auftraggeberin weist auf die vergaberechtliche Rechtsprechung (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017 – 15 Verg 2/17; VK Niedersachsen, Beschluss vom 11.12.2018 – VgK – 50/2018) hin, wonach unverschlüsselt eingereichte Angebote und Teilnahmeanträge zwingend vom Wettbewerb auszuschließen sind. Vor diesem Hintergrund wird von einer unzulässigen Abgabe des Teilnahmeantrages mittels einfacher E-Mail in jedem Fall dringend abgeraten. Die Anforderungen an die Form der Dokumentenabgabe werden gewahrt, wenn diese elektronisch unter Verwendung des unter Abschnitt I. 3) der Auftragsbekanntmachung veröffentlichten Links eingereicht werden.*
- *Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge, Interessensbestätigungen und Angeboten sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den auf beim Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen.*

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der vorgenannten Frist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Teilnahmefrist können Teilnahmeanträge zurückgezogen werden.

- 2.2 Der Teilnahmeantrag muss die unter Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Angaben und Nachweise umfassen. Für die geforderten (Eignungs-)Nachweise sowie Eigenerklärungen des Bewerbers zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt die Auftraggeberin ein Bewerber-Formblatt zur Verfügung. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bewerber-Formblattes besteht nicht. Der Bewerber hat jedoch sicherzustellen, dass seine Bewerbung bei Nichtverwendung des Formblattes die darin genannten Angaben zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen enthält sowie die darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Inhaltliche Abweichungen davon können zum Ausschluss des Bewerbers führen. Die Verwendung des Bewerber-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen. Bewerber haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bewerber-Formblatt bezeichneten Unterlagen vorzulegen.

Dies gilt auch für Bewerbergemeinschaftsmitglieder und Nachunternehmer, soweit erforderlich.

Hinweise der Auftraggeberin:

Es ist vorgesehen, dass die mit diesem 1. Verfahrensbrief zur Verfügung gestellte Version der funktionalen Leistungsbeschreibung im Rahmen der Angebotsphase (2. Verfahrensschritt) durch die Auftraggeberin fortgeschrieben wird.

Es ist darauf hinzuweisen, dass dieser 1. Verfahrensbrief betreffend das Verfahren diesbezüglichen Anmerkungen in der funktionalen Leistungsbeschreibung vorgeht.

3. Information zum weiteren Verfahren

Das Vergabeverfahren wird in der Verfahrensart „Verhandlungsverfahren mit Teilnamewettbewerb“ nach § 3b EU Abs. 3 VOB/A geführt. In diesem Verfahren werden im Rahmen der EU-weiten Bekanntmachung Teilnahmeanträge von einer unbeschränkten Zahl von Unternehmen abgefordert, die in diesem Zuge ihre Eignung nachweisen müssen (1. Verfahrensschritt).

Nach Ablauf der Teilnahmefrist werden sämtliche eingegangene Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit sowie in Bezug auf das Nichtvorliegen etwaiger Ausschlussgründe geprüft. Sodann überprüft die Auftraggeberin die Eignung der Bewerber anhand der in der Bekanntmachung festgelegten Kriterien und der vorgelegten Unterlagen des jeweiligen Bewerbers.

Nach Auswertung der Teilnahmeanträge beabsichtigt die Auftraggeberin, soweit vorhanden, höchstens fünf geeignete Bewerber zur Angebotsabgabe aufzufordern. Die Auswahl der geeigneten Teilnehmer erfolgt bei Vollständigkeit der vorzulegenden Nachweise und Erklärungen durch Bewertung der Qualität und Güte der zum Teilnamewettbewerb nachgewiesenen Referenzprojekte mit zugehörigen Unterlagen.

Im Anschluss werden die Teilnehmer zur Abgabe eines Angebots aufgefordert (2. Verfahrensschritt). Während der Laufzeit der Angebotsfrist ist die Durchführung von Auftaktgesprächen geplant. Außerdem gewährt die Auftraggeberin insoweit die Möglichkeit von Ortsbesichtigungen.

Das weitere Verfahren erfolgt nach fristgemäßer Abgabe der Angebote im Rahmen eines gestuften Verhandlungsverfahrens. Die Auftraggeberin behält sich vor, Verhandlungen mit den Bietern in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchzuführen, um so die Anzahl der Angebote, über die verhandelt wird, nach Maßgabe der bekannt gemachten Zuschlagskriterien zu verringern.

Nach der ersten Verhandlungsrunde werden – gemäß dem derzeitigen Stand der Planung – die Bieter zur Überarbeitung ihrer Angebote aufgefordert. Nach Maßgabe der bekannt gemachten Zuschlagskriterien wird eine Rangfolge der fristgemäß eingegangenen überarbeiteten Angebote gebildet. Die Auftraggeberin behält sich vor, eine oder mehrere weitere Angebots- und Verhandlungsrunden bzw. einen „Last Call“

zur Abgabe eines letzten Angebotes (Best and final Offer = BAFO) im Verfahren vorzusehen.

Nach der internen Vergabeentscheidung werden die nicht berücksichtigten Bieter informiert. Nach Ablauf der gesetzlichen Fristen wird der Zuschlag auf das Angebot des erfolgreichen Bieters erteilt.

Die Zuschlagserteilung erfolgt vorbehaltlich einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, wobei das Angebot des Bestbieters im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsnachweises mit dem Public Sector Comparator (PSC, d.h. Vergleichswert der Beschaffung in Eigenrealisierung) zu vergleichen ist. Sollte das Angebot des Bestbieters aus diesem Vergleich nicht als die wirtschaftlich günstigere Alternative hervorgehen, ist dies ein schwerwiegender Grund im Sinne von § 17 EU VOB/A, der die Auftraggeberin dazu berechtigt, das Verfahren aufzuheben. Entsprechendes gilt für etwaige kommunalwirtschaftsrechtliche Genehmigungserfordernisse. Zudem erfolgt die Zuschlagserteilung vorbehaltlich der Entscheidung in den kommunalrechtlich zuständigen Gremien, voraussichtlich dem Kreistag des Main-Kinzig-Kreises.

Hinweise der Auftraggeberin:

Es ist zu beachten, dass sich etwaige Verhandlungen, etwa über denkbare Sicherheiten zugunsten des künftigen Auftragnehmers, in den Grenzen des kommunalrechtlich, vergaberechtlich und beihilferechtlich Zulässigen bewegen müssen.

Das Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnamewettbewerb wird voraussichtlich die folgenden verfahrensrechtlichen Schritte unter nachfolgendem vorläufigen Zeitrahmen durchlaufen:

• Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge interessierter Unternehmen (gemäß § 10c Abs. 1, 10b Abs. 1 EU VOB/A Mindestfrist von 30 Kalendertagen)	02.09.2026, 12:00 Uhr (MESZ),
• Auswertung Teilnamewettbewerb mit ggf. Aufklärung / Nachforderung (ggf. mit Auswahl Bewerber / Bestenauslese)	bis Mitte September 2026

• Versendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe (AZA) an die ausgewählten, materiell geeigneten Bewerber inklusive Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien und Entwurf Vertragswerk sowie der dann fortgeschriebenen Leistungsbeschreibung mit Anlagen	Mitte/Ende September 2026
• Durchführung von Auftaktgesprächen und Festlegung von Terminen für Ortsbesichtigungen	Anfang Oktober 2026
• Schlusstermin für Eingang der (Erst-)Angebote (gemäß § 10c Abs. 1, 10b Abs. 2, 4 EU VOB/A Mindestfrist von 25 Kalendertagen)	Mitte November 2026
• Erste Auswertung Angebote	Ende November 2026
• Verhandlungsrunden ggf. unter Bieterabschichtung	Dezember 2026/Anfang Februar 2027
• Aufforderung zur Abgabe finaler Angebote	Anfang Februar 2027
• Einreichung finaler Angebote	Mitte Februar 2027
• Interne Auswahlentscheidung	Februar/März 2027
• Information nichtberücksichtigter Bieter gemäß § 134 GWB mit Zuschlagsankündigungsschreiben an erfolgreichen Bieter	Februar/März 2027
• Zuschlagserteilung / Vertragsschluss	Februar/März 2027

Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Verfahrensschritte und Zeitläufe die derzeitige Planung wiedergeben. Änderungen sind daher möglich.

4. Teilnahmebedingungen

- 4.1 Bewerber können sich als Einzelbewerber ohne Nachunternehmer, als Bewerbergemeinschaft oder als Einzelbewerber / Bewerbergemeinschaft mit Nachunternehmen bzw. im Rahmen einer Eignungsleihe am Wettbewerb beteiligen.

Die Auftragsdurchführung unter Einbeziehung einer Projektgesellschaft ist möglich (siehe sogleich Ziffer 4.4).

- 4.2 Der Bewerber hat zum Nachweis seiner Eignung alle gemäß Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) innerhalb der unter Ziffer 2.1 genannten Teilnahmefrist / Bewerbungsfrist vorzulegen, soweit sich die Auftraggeberin dies nicht ausdrücklich anders vorbehalten hat. Die Auftraggeberin weist ausdrücklich darauf hin, dass unvollständige Bewerbungen von der Teilnahme am weiteren Verfahren ausgeschlossen werden können. Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Ausländische Bewerber haben statt der geforderten amtlichen Nachweise nach deutschem Recht gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.

- 4.3 Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll. Ferner hat die Bewerbergemeinschaft dem Teilhmeantrag eine Erklärung beizulegen, in der insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, der für die Durchführung bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und erklärt wird, dass dieser die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften (Bewerbergemeinschaftserklärung, siehe **Anlage 2**).

- 4.4 Beabsichtigt der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, sind die von den Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen gemäß § 8 EU Abs. 2 Nr. 2, 6a EU Nr. 3 lit. i) VOB/A nach Art und Umfang mit dem Teilhmeantrag zu benennen (vgl. VHB-Formblatt 233, siehe **Anlage 3**). Für Nachunternehmer, welche der Bewerber im Wege der Eignungsleihe nach § 6d EU

VOB/A einzusetzen beabsichtigt (vgl. VHB-Formblatt 235, siehe **Anlage 4**), sind weiterhin die unter Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen, soweit einschlägig und bezogen auf die zu erbringende Teilleistung, für den jeweiligen Nachunternehmer bereits mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sowie nach § 6d EU Abs. 1 Satz 2 VOB/A nachzuweisen, dass dem Bewerber die insoweit für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (vgl. VHB-Formblatt 236, siehe **Anlage 5**).

Die mit dem Teilnahmeantrag vorzulegenden Eignungsnachweise ergeben sich im Einzelnen aus Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung.

Hinweise der Auftraggeberin:

- *Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.*
- *Soweit die Einbeziehung einer Projektgesellschaft angestrebt wird, ist dies mit dem Teilnahmeantrag anzuzeigen. Zulässig ist die Auftragsausführung durch eine Projektgesellschaft, wenn (kumulativ),*
 1. *Die Projektgesellschaft vor Zuschlagserteilung gegründet wird,*
 2. *der Sitz der Projektgesellschaft in Deutschland ist,*
 3. *ausschließlich der jeweilige Bewerber / die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft Gesellschafter der Projektgesellschaft ist / sind,*
 4. *der Bewerber / die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erklärt / erklären, dass die Geschäftsanteile an der Projektgesellschaft über die gesamte Vertragslaufzeit gehalten werden und dass nicht beabsichtigt ist, die Beteiligung(en) an der Projektgesellschaft aufzugeben oder deren Höhe zu verändern, ohne zuvor die schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin einzuholen,*
 5. *der Bewerber / die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zusichert / zusichern, vor einer Veräußerung der Geschäftsanteile an der Projektgesellschaft mit Zustimmung der Auftraggeberin oder Maßnahmen*

gleicher Wirkung eine gleichlautende rechtsverbindliche Erklärung des / der neuen Gesellschafter/s nachzuweisen,

- 6. die Projektgesellschaft mit ausreichend Kapital ausgestattet wird, das für die Vertragslaufzeit in der Projektgesellschaft belassen wird,*
- 7. eine Haftung der Konsortialpartner bzw. der Gesellschafter zugunsten der Auftraggeberin sichergestellt wird, die einer Arbeitsgemeinschaft vergleichbar oder sonst angemessen (etwa im Wege von Patronatserklärungen) sein muss,*
- 8. sichergestellt wird, dass die Nachunternehmer der Projektgesellschaft sich für den Fall des Wegfalls der Projektgesellschaft verpflichten, ihre Leistungen unmittelbar an die Auftraggeberin zu erbringen.*

Das finale Angebot muss sowohl im Namen des Bieters / sämtlicher Mitglieder der Bietergemeinschaft als auch im Namen der Projektgesellschaft erfolgen.

Der Wechsel eines Gesellschafters der Projektgesellschaft ist bis zur Zuschlagserteilung nur insoweit zulässig, als auch ein Wechsel von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft zulässig wäre.

5. Wettbewerbsbeschränkende Absprache / Mittelstandskartelle

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen sind in §§ 2, 3 GWB geregelt. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

6. Hinweise zum Datenschutz

Der Bewerber ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die Auftraggeberin rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Auftraggeberin und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Auftraggeberin erfolgt nicht.

Der Bewerber erklärt sich mit Einreichung seines Teilnahmeantrages damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Auftraggeberin gespeichert und verarbeitet werden. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, ggf. externe Fachberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

7. Ausschlussgründe

Teilnahmeanträge, die einer der in diesem ersten Verfahrensbrief aufgeführten Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Ausgeschlossen werden analog § 16 EU VOB/A Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Teilnahmeanträge, die nicht den Erfordernissen des § 13 EU VOB/A entsprechen, insbesondere:

- Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- Teilnahmeanträge, die nicht den Bestimmungen des § 13 EU Abs. 1 Nr. 1, 2 und 5 VOB/A entsprechen,
- Teilnahmeanträge, die die geforderten Unterlagen im Sinne von § 8 EU Abs. 2 Nummer 5 VOB/A nicht enthalten, wenn die öffentliche Auftraggeberin gemäß § 16a EU Absatz 3 VOB/A festgelegt hat, dass sie keine Unterlagen nachfordern wird,

- Teilnahmeanträge, bei denen der Bewerber Erklärungen oder Nachweise, deren Vorlage sich die öffentliche Auftraggeberin vorbehalten hat, auf Anforderung nicht innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorgelegt hat.

8. Nicht berücksichtigte Bewerber

Bewerber unterliegen mit der Abgabe ihres Teilnahmeantrages den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen (§ 19 EU VOB/A).

9. Vertraulichkeit von Informationen / Vernichtung von Vergabeunterlagen

Die im Verfahren von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Informationen sind auch nach Abschluss des Verfahrens vertraulich zu behandeln, soweit diese nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder von der Auftraggeberin öffentlich bekannt gegeben werden.

Falls sich ein Unternehmen dazu entschließt, keinen Teilnahmeantrag abzugeben, ist es verpflichtet, die überlassenen (Vergabe-)Unterlagen sowie etwa hergestellte Abschriften vollständig zu vernichten.

10. Nachprüfstelle

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2
D-64283 Darmstadt
Telefon: +49 6151 12 6603
Fax: +49 611 327 648534
E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Regionalverkehr Main-Kinzig GmbH
Bastian Weigand
Geschäftsführung

Anlagen

1. Bewerber-Formblatt nebst Muster Referenzangabe
2. Muster Bewerbergemeinschaftserklärung
3. VHB-Formblatt 233 / Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen
4. VHB-Formblatt 235 / Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
5. VHB-Formblatt 236 / Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
6. Tariftreueerklärung
7. Eigenerklärung zum Russlandgeschäft zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022
8. Funktionale Leistungsbeschreibung